

V20 Gegen automatisierte Diskriminierung in der Polizeiarbeit

Antragsteller*in: Bryan Bernhard Coughlan (KV Berlin-Treptow/Köpenick)
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Weitere Anträge
Status: Zurückgezogen

1 Als grüne Partei setzen wir uns seit unserer Gründung für Gleichberechtigung ein.
2 Diskriminierung zu bekämpfen und die gleiche Handlungsfreiheit für alle zu schaffen ist ein
3 zentraler Teil unseres politischen Wirkens. Die Digitalisierung stellt uns auch in dieser
4 Hinsicht vor neue Herausforderungen. Denn in den vergangenen Jahren sind die technischen
5 Möglichkeiten, Menschen zu überwachen und statistisch analysieren zu können, erheblich
6 gewachsen.

7 Eine dieser Neuerungen ist das sogenannte „predictive policing“, der Ansatz, durch
8 statistische Analysen kriminelle Aktivitäten vorhersehen zu wollen. Solche Ansätze sind
9 nicht neu - Daten über Einbruchsserien zu verwenden um Gebiete zu identifizieren, in denen
10 häufiger eingebrochen wird, ist seit Dekaden üblich. Die Wirksamkeit prognostischer Methoden
11 zur Kriminalitätsbekämpfung ist aber wissenschaftlich nicht erwiesen. Gleichzeitig führt
12 dieser Ansatz aber zu einem größeren Bedarf an Daten durch die Polizei, was eine falsche
13 Weichenstellung ist.

14 **Automatisierte Rasterfahndung**

15 Sobald Algorithmen eingesetzt werden, um vermeintliche Gruppen zu identifizieren, die mit
16 höherer Wahrscheinlichkeit kriminell handeln könnten, sehen wir darin ein Problem.

17 Solche Algorithmen bilden zwei Dinge ab: Die Vorurteile der Menschen die sie schreiben und
18 statistische Korrelationen. In der Konsequenz werden Personengruppen, die vom Algorithmus
19 als gefährlich identifiziert werden, stärker überwacht als der Rest der Bevölkerung. Zum
20 einen ist dies stark diskriminierend gegenüber den Personen die, auf Grund ihres sozialen
21 Hintergrundes, damit leben müssen häufiger kontrolliert zu werden. Zum anderen verstärken
22 sich solche Vorurteile selbst: durch schärfere Kontrollen in einzelnen Milieus wird dort
23 auch mehr Kriminalität erfasst – ungeachtet der tatsächlichen Entwicklung dieser Orte. Dies
24 verfälscht die Statistiken auf denen die Algorithmen beruhen und zementiert die Vorurteile
25 durch verzerrte Daten.

26 Das Berliner System „KrimPro“ verwendet unter anderem auch demographische Daten um Gebiete
27 zu identifizieren, in denen zeitnah besonders viele Einbrüche erwartet werden. Verwendete
28 Daten sind hier zum Beispiel das durchschnittliche Alter der Bevölkerung und die Wohnlage,
29 die auch als Proxy für Wohlstand verwendet werden kann. Ein kriminalistischer Mehrwert ist
30 auch hier nicht bewiesen. Selbst wenn hier die Schutzwirkung von größerer Präsenz der
31 Polizei in den Vordergrund gestellt wird: das Schutzniveau wird durch den Einsatz dieser
32 Methoden abhängig von der Demographie.

33 Vorurteile und Diskriminierung sind sehr alte Probleme. Neu ist, dass diese jetzt technisch
34 institutionalisiert werden können. Mit der Programmierung solcher Algorithmen wird die
35 Diskriminierung von Milieus in den Befugnissen der Polizei festgeschrieben. Korrelationen
36 dürfen dabei jedoch nicht in Kausalitäten überführt werden.

37 **Massenüberwachung**

38 Wenn die Analyse nicht nur demographische, sondern auch personenbezogene Daten verwendet
39 werden, verschärft sich das Problem weiter. Bei diesen Ansätzen geht es um die statistische
40 Auswertung des Verhaltens aller Menschen im Einzugsgebiet, um kriminelle Handlungen

41 vorhersehbar zu machen. Das Verhalten in den Sozialen Medien, soziale Verbindungen zu
42 Milieus die als gefährlich wahrgenommen werden und Freizeitaktivitäten wie Boxen, können von
43 Algorithmen als Indikator für kriminelle Neigungen aufgefasst werden.

44 Um stärkerer Überwachung zu entgehen, entsteht so ein Druck in der Bevölkerung sich
45 möglichst „normal“ zu verhalten, was die persönliche Freiheit einschränkt. Trotzdem wurden
46 solche Ansätze unter Beteiligung grüner Fraktionen in Hessen umgesetzt und in Hamburg
47 geplant.

48 **Forderungen**

49 Aus diesen Gründen sind statistische Methoden zur kriminalistischen Prognose des Verhaltens
50 von Individuen oder von Gruppen mit den Grundwerten unserer Partei unvereinbar. Wir fordern
51 daher auf die Analyse demographischer oder personenbezogener Daten in der prognostischen
52 Polizeiarbeit zu verzichten.

53 Darüber hinaus fordern wir auch über die Grenzen Berlins hinaus gegen den Einsatz solcher
54 Technologien einzutreten, zum Beispiel im Bundesrat.

Unterstützer*innen

Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Kreisfrei); Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Michael Servatius (KV Berlin-Kreisfrei); Aida Baghernejad (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Anika Wiest (KV Friedrichshain-Kreuzberg)